



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/152 - 4.7.1951

BONN, Friedrichstraße 47a

Fernsprecher 76 54-59

Faxschreiber 039 890

Aufgaben und Ziele der sozialistischen Internationale

PRÄAMBEL

1. Der Kapitalismus hat seit dem neunzehnten Jahrhundert ungeheure Produktivkräfte entwickelt. Gleichzeitig hat er die große Mehrheit des Volkes vom Einfluß auf die Gestaltung der Produktion ausgeschlossen. Er hat die Eigentumsrechte über die Menschenrechte gestellt. Er schuf eine neue Klasse der Lohnarbeiter ohne Eigentum und soziale Rechte. Er verschärfte den Kampf der Klassen.

Obwohl die materiellen Hilfsquellen der Welt jedermann ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen könnten, ist der Kapitalismus außerstande, die elementaren Lebensbedürfnisse der Menschheit zu befriedigen. Er hat sich als unfähig erwiesen, ohne verheerende Krisen und Massenarbeitslosigkeit zu funktionieren. Er hat soziale Unsicherheit und schroffe Kontraste zwischen Arm und Reich erzeugt. Durch imperialistische Expansion und koloniale Ausbeutung hat er die Konflikte zwischen Nationen und Rassen verschärft. In einer Reihe von Ländern hat mit Hilfe des Großkapitals die Barbarei der Vergangenheit in der Gestalt des Faschismus und des Nazismus wieder ihr Haupt erhoben.

2. Der Sozialismus entstand in Europa als eine Protestbewegung gegen die dem kapitalistischen Gesellschaftssystem eingeborenen Übel. Weil die Lohnarbeiter unter dem kapitalistischen System am grausamsten litten, begann der Sozialismus als eine Bewegung der Lohnarbeiter. Mehr und mehr erkennen auch andere - Bauern und Handwerker, Büroarbeiter, Angestellte und Kleinkaufleute, Angehörige freier Berufe, Gelehrte, Künstler und Schriftsteller -, daß ihre Zukunft im Sozialismus liegt. Der Sozialismus wendet sich an Alle, die der Überzeugung sind, daß die Ausbeutung von Menschen durch Menschen überwunden werden muß.

3. Der Sozialismus erstrebt die Befreiung der Völker aus ihrer Abhängigkeit von einer Minderheit, die die Produktionsmittel besitzt oder beherrscht. Es ist sein Ziel, dem ganzen Volk das Bestimmungsrecht über die Wirtschaft zu sichern. Er erstrebt ein Gemeinwesen, in dem freie Menschen als Gleiche zusammenwirken.

4. Der Sozialismus ist eine mächtige Kraft in der Weltpolitik geworden. Er ist aus der Phase der Werbung für seine Idee in die Phase ihrer Verwirklichung eingetreten. In einigen Ländern wurde das Fundament einer sozialistischen Gesellschaft gelegt. Die Übel des Kapitalismus sind dort im Schwinden, und neue Energien haben sich dem Gemeinwesen erschlossen. Der Sozialismus erweist seine schöpferische Kraft.

5. In vielen Ländern wird der unkontrollierte Kapitalismus von Wirtschaftsformen verdrängt, wo der Staat in die Wirtschaft regelnd eingreift und wachsende Ausdehnung des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln in der Wirkungskreis des Privatkapitals einengt. Die

Notwendigkeit der wirtschaftlichen Planung wird von immer größeren Massen erkannt. Soziale Sicherheit und die Demokratisierung der Wirtschaft werden in zunehmendem Maße verwirklicht. Dies ist das Ergebnis jahrzehntelanger sozialistischer und gewerschaftlicher Kämpfe. In Ländern mit mächtigen sozialistischen Parteien ist eine neue soziale Ordnung im Entstehen.

6. Die Völker der wirtschaftlich schwächer entwickelten Gebiete der Welt beginnen im Sozialismus eine geistige Waffe in ihrem Kampf um nationale Freiheit und ein höheres Lebensniveau zu erkennen. Die Verschiedenartigkeit der Kampfbedingungen hat unterschiedliche Ausdrucksformen des demokratischen Sozialismus entwickelt.

In diesen Gebieten kämpfen die Sozialisten gegen die parasitären Formen der Ausbeutung durch einheimische Finanzoligarchien, wie gegen die koloniale Ausbeutung durch ausländische Kapitalisten. Sie kämpfen für den Aufbau der politischen und wirtschaftlichen Demokratie, für die Hebung des Lebensniveaus der Volksmassen durch Bodenreform und Industrialisierung, durch soziale Reformen, die Ausdehnung des Kollektiveigentums und die Entwicklung von Produktions- und Konsumgenossenschaften.

7. Während der Sozialismus die Welt durchdringt, bedrohen neue Kräfte die Entwicklung zur Freiheit und sozialen Gerechtigkeit. Seit der bolschewistischen Revolution in Rußland hat der Kommunismus die internationale Arbeiterbewegung gespalten und dadurch die Verwirklichung des Sozialismus in vielen Ländern um Jahrzehnte zurückgeworfen.

8. Die Kommunisten berufen sich zu Unrecht auf sozialistische Traditionen. In Wirklichkeit haben sie diese Traditionen bis zur Unkenntlichkeit verzerrt. Der Kommunismus ist zu einem Dogmatismus erstarrt, der in unvereinbarem Gegensatz zum kritischen Geist des Marxismus steht.

9. Während die Sozialisten durch die Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft Freiheit und soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen trachten, bemühen sich die Kommunisten, die Klassenspaltung der Gesellschaft zu verschärfen, aber nur, um die Diktatur einer einzelnen Partei zu errichten.

10. Der internationale Kommunismus ist das Instrument eines neuen Imperialismus. Wo immer er zur Macht gekommen ist, hat er die Freiheit ausgerottet oder die Möglichkeit, sie zu erringen, vernichtet. Er stützt sich auf eine militaristische Bürokratie und eine terroristische Polizei. Er hat eine neue Klassengesellschaft mit aufreizenden Gegensätzen in Besitz und Verrecht erzeugt. Zwangsarbeit ist ein wichtiger Faktor in seiner Wirtschaft.

11. Der demokratische Sozialismus ist eine internationale Bewegung, die keineswegs eine starre Gleichförmigkeit der Auffassungen verlangt. Gleichviel ob Sozialisten ihre Überzeugung aus den Ergebnissen marxistischer oder anders begründeter sozialer Analysen, oder aus religiösen oder humanitären Grundsätzen ableiten, alle erstreben ein gemeinsames Ziel: eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens.

12. Die Entwicklung der Wissenschaft und Technik hat der Menschheit die Möglichkeit gegeben, sich selbst zu zerstören oder ihren Wohlstand steigend zu erhöhen. Daher kann die Produktion nicht dem

freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte überlassen bleiben. Sie muß geplant werden. Diese Planung muß die fundamentalen Rechte der menschlichen Persönlichkeit sichern. Der Sozialismus erstrebt die Verbindung von Freiheit und Planung im nationalen wie im internationalen Maßstab.

13. Der Sozialismus wird sich nicht zwangsläufig erfüllen. Seine Verwirklichung erfordert die Anstrengung aller seiner Anhänger. Im Gegensatz zu totalitären Systemen, die dem Volk eine passive Rolle auferlegen, erheischt der Sozialismus die aktive Teilnahme des Volkes zu seiner Verwirklichung. Er wird damit zur höchsten Form der Demokratie.

I. POLITISCHE DEMOKRATIE

1. Die Sozialisten erstreben mit demokratischen Mitteln eine neue Gesellschaft in Freiheit.

2. Es gibt keinen Sozialismus ohne Freiheit. Der Sozialismus kann nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie nur durch den Sozialismus vollendet werden.

3. Demokratie ist die Regierung des Volkes durch das Volk für das Volk. Sie sichert

- a) Jedem den Schutz seines persönlichen Lebens gegen jeden willkürlichen Eingriff des Staates;
- b) Die politischen Freiheitsrechte wie Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Lehr- und Lernfreiheit, Koalitions- und Versammlungsfreiheit, Recht auf Streik, Freiheit der religiösen Bekenntnisse;
- c) Die Volksvertretung auf Grund freier allgemeiner gleicher und geheimer Wahlen;
- d) Regierung durch die Mehrheit bei Wahrung der Rechte der Minderheit;
- e) Die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz ohne Rücksicht auf Geburt, Geschlecht, Glauben, Sprache oder Rasse;
- f) Den Gruppen mit eigener Sprache das Recht auf kulturelle Autonomie;
- g) Ein System unabhängiger Justiz: niemand darf seinem ordentlichen Richter entzogen werden; die Richter sind nur an das Gesetz gebunden.

4. Die Sozialisten haben stets für die Wahrung der Menschenrechte gekämpft. Die von den Vereinten Nationen angenommene Erklärung über die Menschenrechte muß in allen Ländern verwirklicht werden.

5. Die Demokratie erfordert die Daseinsberechtigung von mehr als einer Partei und das Recht auf Opposition. Die Demokratie hat jedoch die Pflicht, sich gegen jene zu schützen, die sie mißbrauchen, um sie zu zerstören. Die Verteidigung der politischen Demokratie ist ein Lebensinteresse des Volkes, ihre Aufrechterhaltung eine Bedingung für die Verwirklichung der wirtschaftlichen und sozialen Demokratie.

6. Eine von kapitalistischen Interessen getragene Politik kann nicht die Kräfte des Volkes entwickeln und vereinigen, die zur Verteidigung der Demokratie gegen totalitäre Angriffe erforderlich sind. Die Demokratie kann nur mit Hilfe der Arbeiter verteidigt werden, deren Schicksal mit dem Bestand der Demokratie unlösbar verbunden ist.

7. Die Sozialisten erklären sich solidarisch mit den Völkern unter faschistischer oder kommunistischer Diktatur, die um ihre Freiheit ringen.

8. Jede Diktatur, wo immer sie bestehen mag, bildet eine Gefahr für die Freiheit aller Völker und damit für den Weltfrieden. Jede Ausbeutung der Menschen, sei es durch Zwangsarbeit, sei es unter Verletzung der elementaren Menschenrechte, sei es zu Gunsten privatkapitalistischen Profits, sei es im Namen einer politischen Diktatur, bedroht das materielle und moralische Lebensniveau aller Völker.

II. WIRTSCHAFTLICHE DEMOKRATIE

1. Der Sozialismus erstrebt eine Wirtschaftsordnung, in der das Interesse der Gemeinschaft über dem Profitinteresse steht. Die unmittelbaren wirtschaftlichen Ziele sozialistischer Politik sind Vollbeschäftigung, Produktionssteigerung, stetige Vergrößerung des Wohlstandes, soziale Sicherheit und eine gerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen.

2. Um diese Ziele zu verwirklichen, muß die Produktion im Interesse des Volkes geplant werden.

Solche Planwirtschaft ist unvereinbar mit der Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen Weniger; sie erfordert eine wirksame demokratische Kontrolle der Wirtschaft.

Der demokratische Sozialismus steht daher im scharfen Gegensatz zum Monopolkapitalismus, wie zu jeder Form der totalitären Wirtschaftsplanung, denn diese Formen der Wirtschaftsorganisation schließen die öffentliche Kontrolle des Produktionsprozesses aus und sichern nicht eine gerechte Verteilung der Arbeitsprodukte.

3. Sozialistische Planung kann sich verschiedener Methoden bedienen. Das Ausmaß öffentlichen Eigentums und die Formen der Planung sind durch die Struktur der einzelnen Länder bedingt.

4. Kollektives Eigentum kann geschaffen werden durch die Nationalisierung privatkapitalistischer Konzerne und Unternehmungen oder den Aufbau gemeinnütziger Konzerne oder Gemeindeunternehmungen und Verbraucher- oder Produktivgenossenschaften.

Diese mannigfaltigen Formen kollektiven Eigentums sind nicht Selbstzweck. Sie sollen als Instrumente dienen, um die Grundindustrien, von denen Leben und Wohlstand des Gemeinwesens abhängen, der öffentlichen Kontrolle zu unterwerfen, die Rationalisierung technisch rückständiger Industrien zu fördern und die Ausbeutung des Volkes durch kapitalistische Monopole und Kartelle zu verhindern.

5. Sozialistische Planung erfordert nicht die Kollektivisierung aller Produktionsmittel; sie ist vereinbar mit der Existenz von Privateigentum auf wichtigen Gebieten, so z.B. in der Landwirtschaft, im Handwerk, im Kleinhandel und in der Klein- und Mittelindustrie. Der Staat muß privatkapitalistische Eigentümer verhindern, ihre Macht zu mißbrauchen. Er kann und soll ihnen helfen zur Steigerung der Produktion und zur Vermehrung des Volkswohlstandes im Rahmen der Gesamtplanung beizutragen.

6. Die Gewerkschaften und die Verbände der Produzenten und Konsumenten sind unerläßliche Faktoren einer demokratischen Gesellschaft; sie dürfen weder zu Werkzeugen einer Zentralbürokratie noch zu einem

Ständesystem entarten. Diese Wirtschaftsverbände sollen, bei voller Wahrung der konstitutionellen Rechte des Parlamentes, an der Gestaltung der Wirtschaftspolitik mitwirken.

7. Sozialistische Wirtschaftsplanung bedeutet nicht, daß alle wirtschaftlichen Entscheidungen von der Regierung oder von Zentralbehörden getroffen werden. Wirtschaftliche Macht soll, wo immer dies mit den Zwecken der Wirtschaftsplanung vereinbar ist, dezentralisiert werden.

8. Die Staatsbürger sollen durch ihre Verbände und durch individuelle Initiative am Produktionsprozeß mitwirken und dadurch das Aufkommen einer staatlichen oder privaten Bürokratie verhindern. Die demokratische Mitwirkung der Arbeiter an der Leitung der Industrien muß gesichert werden.

9. Der demokratische Sozialismus erweitert die Freiheit des Individuums auf der Grundlage wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit und eines sich ständig vermehrenden Wohlstandes.

III. SOZIALE DEMOKRATIE UND KULTURELLER FORTSCHRITT

1. Das Hauptmotiv des Kapitalismus ist der persönliche Profit, das des Sozialismus die Befriedigung der menschlichen Lebensbedürfnisse.

2. Das Sozialprodukt muß in erster Linie entsprechend den elementaren Lebensbedürfnissen Aller verteilt werden. Dies muß den Antriebe des Einzelnen zur höchsten Arbeitsleistung nicht unberühren. Die Sozialisten halten den Anspruch des Individuums auf eine Belohnung entsprechend seiner vollbrachten Leistung für selbstverständlich. Sie glauben, daß auch andere Arbeitsantriebe wirksam sind, wie die Freude an der guten Arbeitsleistung, die Solidarität und der Gemeinschaftsgeist, die besonders verstärkt werden können, wenn die Menschen für das Gemeininteresse arbeiten.

3. Der demokratische Sozialismus verfißt nicht allein die politischen, sondern auch die ökonomischen und sozialen Grundrechte des Individuums.

Diese Rechte sind unter anderen:

Das Recht auf Arbeit;

Das Recht auf ärztliche Behandlung und auf Mutterschutz;

Das Recht auf Erholung;

Das Recht auf wirtschaftliche Sicherheit im Alter, bei Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfähigkeit;

Das Recht der Kinder auf Kinderschutz, und das Recht der Jugend auf eine den individuellen Fähigkeiten angemessene Schulbildung;

Das Recht auf menschenwürdige Wohnung.

4. Die Sozialisten kämpfen für die Aufhebung aller gesetzlichen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ungleichheiten zwischen Mann und Frau, zwischen sozialen Schichten, zwischen Stadt und Land, zwischen Regionen und zwischen Rassen.

5. Der demokratische Sozialismus erstrebt weit mehr als eine neue wirtschaftliche und soziale Ordnung. Wirtschaftliche und soziale Fortschritte finden ihre moralische Rechtfertigung in dem Maße, in dem sie der Befreiung und Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit dienen.

6. Der demokratische Sozialismus bekämpft den Kapitalismus nicht nur wegen seiner wirtschaftlichen Unzulänglichkeit und seiner materiellen Bedrückung großer Massen, sondern weil er das sittliche Empfinden verletzt. Er verwirft jedes totalitäre System, weil es die Würde des Menschen schändet.

7. Der demokratische Sozialismus kämpft für die Befreiung der Menschen von jener Furcht und Sorge, die mit allen Formen von politischer und wirtschaftlicher Unsicherheit verbunden ist.

Mit dieser Befreiung wird die Bahn geöffnet für die geistige Entfaltung der Menschen zu verantwortungsbewußten und der kulturellen Entwicklung aufgeschlossenen Persönlichkeiten.

Der demokratische Sozialismus ist eine mächtige Triebkraft dieser kulturellen Entwicklung.

8. Der Sozialismus will den Menschen alle Bereiche des Wissens öffnen, damit sie zu immer höheren Kulturstufen aufsteigen. Der Sozialismus befruchtet alle Bestrebungen und Schöpfungen des menschlichen Geistes. Die Schätze der Kunst und Wissenschaft, die in Jahrtausenden geschaffen wurden, müssen Allen erschlossen werden.

IV. INTERNATIONALE DEMOKRATIE

1. Der Sozialismus ist von Anfang an eine internationale Bewegung.

2. Er ist international, weil er die Befreiung aller Menschen von jeder wirtschaftlichen, geistigen und politischen Knechtung erstrebt.

3. Er ist international, weil er überzeugt ist, daß kein Volk für sich allein dauerhafte Lösungen für alle seine wirtschaftlichen und sozialen Probleme finden kann.

4. Das System uneingeschränkter nationaler Souveränität muß überwunden werden.

5. Die neue Weltordnung, die die Sozialisten erstreben, kann sich nur fruchtbar und friedlich entfalten, wenn sie auf der freiwilligen Zusammenarbeit der Nationen beruht. Dies erfordert Demokratie im Weltmaßstab unter einer internationalen Rechtsordnung, die die Freiheit der Völker und den Respekt der Menschenrechte verbürgt.

6. Der demokratische Sozialismus sieht in der Gründung der Organisation der Vereinten Nationen einen wichtigen Schritt zur Errichtung eines internationalen Gemeinwesens und fordert die strenge Durchführung der Grundsätze ihrer Charta.

7. Der demokratische Sozialismus kämpft gegen jede Form des Imperialismus. Er kämpft gegen die Unterjochung und Ausbeutung irgendeines Volkes.

8. Es genügt nicht, sich dem Imperialismus zu widersetzen. In ungeheuren Gebieten der Welt leben Millionen Menschen, von Krankheit heimgesucht, in tiefster Armut und Unwissenheit. Armut in einem Teil der Welt ist eine Bedrohung des Wohlstandes in den anderen. Armut hemmt die Entwicklung zur Demokratie. Demokratie, Wohlstand und Frieden erfordern eine Neuverteilung des Weltreichtums und eine Erhöhung der Produktivität in den wirtschaftlich unentwickelten Gebieten. Es liegt im Interesse aller Völker, den kulturellen und materiellen Lebensstandard in diesen Gebieten zu steigern. Ihre wirtschaftliche,

soziale und kulturelle Entwicklung muß von den Ideen des demokratischen Sozialismus beseelt werden; damit sie nicht neuen Formen der Unterdrückung verfallen.

9. Der demokratische Sozialismus sieht in der Bewahrung des Weltfriedens die brennendste Aufgabe unserer Zeit. Der Friede kann nur durch ein System der kollektiven Sicherheit verbürgt werden. Dieses System wird die Voraussetzungen für eine Weltabrüstung schaffen.

10. Der Kampf für die Erhaltung des Friedens ist untrennbar verknüpft mit dem Kampf für die Freiheit. In der Bedrohung oder der Vergewaltigung der Völker haben die Kriegsgefahren unserer Zeit ihren unmittelbaren Grund.

X X X

Die Sozialisten ringen um eine Welt des Friedens in Freiheit, um eine Welt, die die Ausbeutung und Knechtung von Menschen durch Menschen und von Völkern durch Völker ächtet, um eine Welt, in der die Entwicklung der Persönlichkeit des Einzelnen die Voraussetzung ist für die fruchtbare Entwicklung der ganzen Menschheit.

Sie appellieren an die Solidarität aller Werktätigen im Kampf für diese großen Ziele.



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/152 - 4.7.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-59

Fernschreiber 039 890

Nach Grotewohls Rückkehr aus Moskau	S. 1
Zum jüdischen Problem	S. 3
Polizei-Aufbau auf gefährlichem Wege	S. 4
Interzonenhandel mit Verkehrsjunktim (Bericht aus Berlin)	S. 6

Grotewohl brachte keinen Frieden

O.B. Es kam, wie es kommen mußte. Die Rückkehr des sowjetischen Ministerpräsidenten Grotewohl von seinem sechswöchigen Erholungsaufenthalt in der Sowjetunion hat zu dem obligaten Rätsekräten über die neuen Absichten der sowjetischen Deutschlandpolitik geführt.

Ohne Zweifel haben die routinemäßigen Befehlsempfänge sowjetischer Staats- und Parteifunktionäre in der SU ihre politische Bedeutung. Grotewohl hatte kaum seine Amtsgeschäfte wieder übernommen, als er auf einer Kundgebung in Burg im Spreewald erklärte, die Wiedervereinigung Deutschlands werde - bei weiteren Weigerungen des Westens - auch mit Gewalt erfolgen. Damit kann es keinen Zweifel über die neue Nuance der sowjetischen Politik in Deutschland mehr geben. Bereits Ulbricht hatte bei der kürzlichen Tagung des SED-Zentralkomitees als Ergebnis und Folgerung der Volksbefragung in der Sowjetzone weitere kommunistische Aktionen in Westdeutschland angekündigt. Grotewohl, der einzige dem man im Kreml zutraut den kommunistischen Propagandatenor noch mit einiger Überzeugungskraft für westdeutsche Ohren verständlich zu machen, bringt jetzt ganz konkrete Anweisungen, mit deren Durchführung er das Fehlschlagen seiner Aktionen um den sogenannten "Grotewohl-Brief" wieder gutmachen soll.

Ziel der sowjetischen Bemühungen war und ist der Friedens-

vertrag mit Deutschland im Jahre 1951, als dessen Voraussetzung Grotewohl erneut den Auftrag zur Schaffung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates erhielt. Der Friedensvertrag, an dem den Sowjetzonen-Machthabern so viel liegt, ist für die Sowjets aber erst dann diskutabel, wenn sie Aussicht haben, diesen Vertrag für ganz Deutschland abschließen zu können. An einen Sonderfrieden mit der Sowjetzonen-Regierung denkt man einstweilen wenigstens in keiner Weise.

Erst die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und anderer in der Sowjetzone bereits präjudizierter Faktoren durch ein Gremium nämlich, das mit einer gewissen Legitimation wenigstens für Gesamtdeutschland zu handeln vorgeben könnte, würden den Sowjets die Hände für weiter gesteckte Ziele freimachen.

Der endgültige Einbau der Sowjetzone in das System des Ostblocks stößt heute immer noch auf den Widerstand der sogenannten Bruderparteien der SEP. Sowohl für die Sowjets als auch für die SEP hängt von der Entspannung der Situation und der Gleichberechtigung der Sowjetzone im Kominform und im "Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" alles ab. Für Ulbricht und die Sowjetzonen-Wirtschaft ist ein Diktat der Moskauer Planungsbehörden die einzige Möglichkeit, die fehlenden Rohstoffe, vor allem Kohle und Eisen, aus Polen und der CSR zu erhalten und damit über die augenblickliche Wirtschaftskrise der Sowjetzonen-Wirtschaft hinwegzukommen. Für die Sowjetunion aber kann allein die Beseitigung der nationalen Spannungen im Ostblock die Möglichkeit bieten, die sowjetzonale Wirtschaft völlig und ohne Rücksicht für die eigene Aufrüstung einzusetzen.

Die westlichen Proteste gegen die wirtschaftliche und militärische Wiederaufrüstung in der Sowjetzone haben auch in den Ostblockstaaten ein ungemein starkes Echo gehabt und selbst in den kommunistischen Satelliten-Parteien viel böses Blut erregt. Allein schon aus solchen Erwägungen werden die Sowjets auf jede Initiative hinsichtlich einer propagandistischen Gewährung der vollen Souveränität für die Sowjetzone sehr zurückhaltend sein.

Noch im Februar mußte der SEP-Parteiideologe Fred Celssner vom zweiten Parteitag der Ungarischen KP zurückkehren, ohne die Aufnahme

der SEP in das Kominform erreicht zu haben. Diese Aufnahme jedoch entscheidet über die Stellung der Sowjetzone im Ostblock. Auch Grotewohl brachte diesmal nur neue Vertröstungen und erneute Forderungen nach Vertrauensbeweisen mit. Viel bedeutsamer erscheint demgegenüber der kurze Besuch Gromykos auf seiner Rückreise von der gescheiterten Pariser Vorkonferenz in Berlin-Pankow. Gromyko aber sprach auch nicht mit Grotewohl, sondern direkt mit Ulbricht.

+ + +

Keine Ruhe für die Juden

P.H. Das Naziregime ist nicht das letzte gewesen, das die Juden verfolgte. An seine Stelle sind andere Judenhasser getreten; Sowjetrußland mit seinen Satelliten und die arabischen Staaten folgen den Spuren Hitlers.

Die Unterkünfte der Internationalen Flüchtlingsorganisation in den italienischen Häfen sind voller jüdischer Flüchtlinge aus Ungarn und Rumänien, in den Häfen am Schwarzen Meer treffen täglich jüdische Flüchtlinge aus Südrußland ein, die Juden aus den an Israel grenzenden arabischen Staaten wandern direkt - legal oder illegal - nach Israel ein. Israel hat in den drei Jahren seiner Unabhängigkeit seine Bevölkerungszahl fast verdoppelt; die Vereinigten Staaten und Kanada nahmen in der selben Zeit eine weitere halbe Million jüdischer Flüchtlinge auf.

Und noch ist kein Ende abzusehen: bis zum Oktober dieses Jahres will die nationalistische Militärregierung des Irak ihr Land "judenrein" haben, bis 1000 Juden täglich sollen nach einem gegenseitigen Abkommen vom Irak nach Israel geflogen werden. Ebenso wendet sich der im Mittelpunkt des Weltinteresses stehende Nationalismus Persiens gegen die ansässigen Juden, obgleich Iran der einzige mohammedanische Staat ist, der Israel anerkannt hat. 80000 Juden verlieren hier ihre Heimat und sind auf dem Wege in das überbevölkerte Israel.

Ähnen gesellten sich bis in die letzte Zeit die Juden aus Marokko, Algerien und Libyen zu. Sie alle standen unter der Bedrohung durch die ganz Nordafrika ergreifende nationalistische mohammedanische

Welle. Nur die Juden Ägyptens blieben und werden bleiben. Sie dürfen nicht auswandern. König Faruk sieht in jedem Juden, der aus Ägypten nach Israel auswandern will eine Stärkung des israelitischen Kriegspotentials und als verbissener Feind verweigert er darum seinen Juden die Pässe - auch hier bleibt nur die illegale Flucht.

Von den Staaten hinter dem Eisernen Vorhang hat Rumänien kürzlich die Aussiedlung seiner Juden auf echt kommunistischer Basis legalisiert. Israels Regierung muß 150 Dollar für jede einzelne Ausreisewilligung zahlen, aber auch dann dürfen nur Alte und Kinder heraus; die Familien werden zerrissen; denn wer zur Arbeit fähig ist, muß in Rumänien bleiben. Die Auswanderer müssen ihre Wertsachen in Rumänien "verkaufen", sie selbst behalten nur 40 Kil^o persönliches Gepäck. 4-5000 Auswanderer sind es monatlich, von denen der rumänische Staat durchschnittlich 750000 Dollar kassiert.

Das schwere bange Problem für Israel ist, was werden soll, wenn erst die Masse der restlichen Juden hinter dem Eisernen Vorhang sich in Bewegung setzt. In Rußland und seinen Satellitenstaaten leben runde vier Millionen. Sie alle möchten auswandern, denn allen wurde längst das Vermögen genommen und immer stärker wird die Drohung, sie nach Sibirien "umzusiedeln". Es ist ein bouffischer Witz der Weltgeschichte, daß Deutschland, daß die Juden zuerst verfolgte und Israel, die neue Heimat, die sich die Juden daraufhin schufen, heute unter demselben Flüchtlingsproblem leiden. Noch weniger als Deutschland die Massen deutscher Bevölkerung, die dem Elend und der Bedrückung hinter dem Eisernen Vorhang entfliehen möchten, aufnehmen könnte, kann Israel weiteren Millionen jüdischer Flüchtlinge Raum und Brot bieten. Die Verfolgung aber geht in immer stärkerem Maße weiter.

+ + +

Polizei-Aufbau auf gefährlichem Wege

(sp) Die Entwicklung bei der Polizei - dem Grenzschutz, wie den Hundertschaften der Bereitschaftspolizei - gibt zu besonderer Besorgnis Anlaß. Niemand, der sich mit Polizeifragen befaßt, ist so töricht zu sagen, daß ein staatlicher Ordnungsdienst sich am zweckmäßigsten aus extremen Individualisten und geschworenen Gegnern des Uniformtragens zusammensetzen sollte.

Aber viel gefährlicher ist, zumal unter heutigen Umständen,

eine Entwicklung, die auf das Gegenteil hinausläuft. Und das ist der nicht zugestandene und trotzdem auf Schritt und Tritt zu beobachtende Versuch der Kaderbildung für eine neue Armee. Der mögliche deutsche Verteidigungsbeitrag ist eine eminent politische Frage, gerade jetzt steht er wieder im Vordergrund aller Überlegungen. Regierung und Opposition in Deutschland weichen in dieser Frage recht weit voneinander ab. Alle vernünftigen Kreise innerhalb und außerhalb Deutschlands aber vertreten die Ansicht, daß eine möglichst breite gemeinsame Basis in der deutschen Bevölkerung in dieser Frage erreicht werden muß, bevor die Regierung Form und Inhalt einer deutschen Zustimmung bekanntgibt.

Deshalb ist es unverantwortlich, wenn jetzt versucht wird, auf Umwegen und über Hintertreppen militärische Ausgangspositionen zu beziehen, die absolut unlegitimiert sind und die auch dem Ansehen der Polizei selbst nur schaden können. Bundesminister Lehr hat in dieser Frage sehr unglücklich operiert, besonders in der Auswahl der für leitende Posten in Frage kommenden Personen. Das Ganze läuft auf eine eindeutige Bevorzugung gerade solcher Elemente hinaus, die vom demokratischen Standpunkt unerwünscht sein sollten. Bei der Besetzung von Kommandostellen sind von 13 ausgeschriebenen Posten 50 Prozent ehemaligen Generalstabs-Offizieren übertragen worden, nur ein höherer Polizeibeamter von früher befindet sich darunter. Von 60 angenommenen Anwärtern für Posten einer anderen Kategorie sind 30 politisch belastet, nicht etwa Mitläufer, sondern höhere Funktionäre der NSDAP und ihrer militanten Gliederungen. Ob derjenige, der in seinem Lebenslauf schrieb: "Ich bin immer in dem Abscheu gegen die Juden und alles was der roten Fahne diene, erzogen worden" genommen worden ist, wissen wir nicht. Aber daß er glaubt, sich damit zu empfehlen, ist bezeichnend genug.

Hier muß schnell eine gründliche Änderung eintreten. Die Sozialdemokratie wird nun, da sich die Dinge so ganz anders entwickelt haben als ursprünglich nach Zusagen von Minister Lehr zu hoffen war, Abhilfe verlangen. In der Frage des Grenzschutzes soll von der Bundesregierung verlangt werden, entweder den Ländern einen Teil der Grenzpolizei-Befugnisse gesetzlich abzutreten, wobei eine Reduzierung der Ist- und Soll-Stärken der Bundesgrenzschutz-Polizei in entsprechendem Maße gefordert werden müßte, oder den Einzeldienst

(Paßkontrollen, Streifendienst usw.) durch den Bundesgrenzschutz übernehmen zu lassen, dessen Wirksamkeit dadurch erheblich dezentralisiert werden würde. Außerdem müßten die Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern über die Bereitschaftspolizei, da sie in Wirklichkeit Staatsverträge darstellen, von den Länder-Parlamenten genehmigt werden, ihr Status wäre durch Landesgesetzgebung festzulegen. Eine Bundesbereitschaftspolizei wird abgelehnt.

Freilich wäre mit solchen Maßnahmen noch keine Korrektur der Gesinnung erreicht, die zu solchen Notwendigkeiten geführt hat. Das ist der entscheidende Punkt überhaupt. Er steht in engstem Zusammenhang mit den Prinzipien, die für die innerpolitische Arbeit in der Bundesrepublik bestimmend sind.

+ + +

Interzonenhandel mit Verkehrsjunktin

(sp) Berlin, 4. Juli

Vor etwa einer Woche wurden in Berlin die Verhandlungen über ein erweitertes Interzonenabkommen unterbrochen. Das ist hier und da sensationell aufgebauscht oder einfach falsch dargestellt worden.

Worum handelte es sich in Wirklichkeit? Die Verhandler waren fast schon übereingekommen, für den Interzonenhandel eine Summe von 450 Mio. Verrechnungseinheiten zugrunde zu legen, gegenüber 388 Mio. beim alten Abkommen. Man war aber auch übereingekommen, das Handelsabkommen mit bestimmten Vereinbarungen auf dem Gebiet des Personen- und Warenverkehrs zu verbinden. Am 24. Mai bereits war der Text eines Verkehrsabkommens paraphiert worden, und zwar "zur Verbesserung des Verkehrs zwischen dem Währungsgebiet Ost und dem Währungsgebiet West und zwischen Westberlin und der Bundesrepublik Deutschland".

Dieses Verkehrsabkommen betraf nicht nur den Eisenbahnverkehr, die Binnenschifffahrt und den Omnibusverkehr, sondern auch die Grenzabfertigung und ähnliche Fragen. Eine aus Vertretern beider Seiten gebildete Sachverständigenkommission sollte auftretende Schwierigkeiten umgehend aus der Welt schaffen. Plötzlich verlangte dann Orloff als Hauptverhandler der Sowjetzone, daß diese Kommission für Berlin nicht zuständig sein sollte. Der sowjetzonale Planungsminister Rau warfen westlichen Verhandlern vor, sie hätten "immer neue Forderungen" erhoben. Davon kann keine Rede sein. Wohl aber wollte man sich vorbeugend gegen Schikanen im Verkehr zwischen den Zonen schützen. Auf dieses Mittel aber will die andere Seite nicht verzichten. Die Verhandler der Sowjetzone waren sich darüber im klaren, daß die Bundesrepublik ein neues Handelsabkommen mit Zusicherungen für einen einigermaßen geregelten Berlinverkehr verbunden wissen wollte. Gegen dieses Junktin haben sie Sturm zu laufen begonnen. Der Westen wird darauf nicht verzichten können. Dabei spielt es dann vielleicht auch eine Rolle, daß Berlin mit Kohle und Lebensmitteln für längere Zeit relativ gut eingedeckt ist. Die indirekte Dröhung mit einer neuen Abschürfung Berlins ist also nicht sehr wirkungsvoll.

Inzwischen haben sich nun auch die westlichen Kontrollmächte eingeschaltet. Sie haben die Sowjets eingeladen, zu Sachverständigenbesprechungen der vier Mächte zu erscheinen und über die Normalisierung des Verkehrs zwischen Berlin und dem Westen zu verhandeln. In Berlin hofft man sehr, daß diese Besprechungen zustandekommen. Man wünscht darüber hinaus einen gesicherten Korridor zum westlichen Bundesgebiet. Aber so weit sind wir wohl noch nicht.

Verantwortlich: Peter Raunau